

Stadt Seebad Ueckermünde z.  
Hd. des Gemeindevorleiters  
Am Rathaus 3  
17373 Ueckermünde

**Betreff: Wahleinspruch gegen die Bürgermeisterwahl 2026 in Ueckermünde sowie Antrag auf vollständige rechtliche, politische und öffentliche Aufarbeitung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich als wahlberechtigter Bürger form- und fristgerecht Einspruch gegen die Bürgermeisterwahl 2026 in der Stadt Seebad Ueckermünde ein.

**Antrag**

Ich beantrage,

- die Bürgermeisterwahl 2026 umfassend rechtlich, organisatorisch und politisch zu überprüfen,
- mögliche Verstöße gegen Neutralitätsgebot, Chancengleichheit und demokratische Wahlgrundsätze festzustellen,
- die Rolle kommunaler Amtsträger, Mitglieder des Stadtpräsidiums sowie parteipolitischer, wirtschaftlicher und persönlicher Unterstützungsnetzwerke zu untersuchen,
- mögliche Befangenheiten oder Mitwirkungsverbote beteiligter Mandatsträger im Falle einer Abstimmung über diesen Wahleinspruch gemäß Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern zu prüfen,
- sämtliche benannten Vorgänge vollständig öffentlich, politisch und rechtlich aufzuarbeiten.

**Kurzüberblick der zentralen Prüfungsgründe**

Der Bürgermeisterwahlkampf 2026 in Ueckermünde wirft nach vorliegenden Informationen erhebliche Fragen zur Wahrung demokratischer Grundprinzipien, amtlicher Neutralität und chancengleicher Wettbewerbsbedingungen auf.

Was als regulärer kommunaler Wahlprozess hätte verlaufen sollen, entwickelte sich zunehmend zu einem politisch hochproblematischen Gesamtbild aus:

- öffentlicher Belastung politischer Mitbewerber, insbesondere oppositioneller Kräfte,
- möglichen Verstößen gegen unparteiische Amtsführung und gebotene institutionelle Zurückhaltung,
- gezielten Gerüchte-, Diskreditierungs- und Desinformationskampagnen,
- parteiübergreifenden Unterstützungs- und Machtstrukturen innerhalb etablierter kommunalpolitischer Netzwerke,
- strategischer politischer Neuordnung nach Belastung des zunächst unterstützten Kandidaten Meik von Deetzen,
- außergewöhnlich intensiver Unterstützung einzelner Kandidaten durch politische Funktionsträger, wirtschaftliche Netzwerke und persönliche Einflusstrukturen,
- Nutzung mutmaßlichen Insiderwissens, digitaler Kampagnen und anonymer Schmähmaßnahmen,
- erheblichen Zweifeln an fairen, transparenten und demokratisch unbeeinflussten Wahlbedingungen.

## **Begründung**

Der Bürgermeisterwahlkampf 2026 in Ueckermünde weist aus meiner Sicht eine Vielzahl konkreter Vorgänge auf, die in ihrer Gesamtheit erhebliche Zweifel an einem fairen, neutralen und demokratisch unbeeinflussten Wahlverfahren begründen.

Dabei geht es nicht ausschließlich um die Frage einer möglichen Wahlwiederholung, sondern insbesondere um die notwendige öffentliche, politische und rechtliche Aufarbeitung von Strukturen, Einflussnahmen und Verhaltensweisen, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse nachhaltig beschädigen können.

Bereits am 10.03.2026 sowie erneut am 19.03.2026 wurde Bürgermeister Jürgen Kliewe beziehungsweise die Stadtverwaltung durch die AfD-Fraktion Ueckermünde schriftlich und ausdrücklich auf mögliche Verstöße gegen das Neutralitätsgebot, Fragen ungleicher Kandidatenbehandlung sowie potenziell wahlbeeinflussende Verwaltungs- und Unterstützungsmechanismen hingewiesen. (Anlage A1)

Damit lagen der Verwaltungsspitze frühzeitig konkrete Hinweise auf mögliche Neutralitätsprobleme und demokratisch problematische Entwicklungen im laufenden Wahlkampf vor.

Umso schwerer wiegt, dass im weiteren Verlauf dennoch zahlreiche Vorgänge eintraten, die erhebliche Zweifel an einer konsequent unparteiischen Amtsführung, klaren behördlichen Trennung sowie wirksamen neutralitätssichernden Gegenmaßnahmen begründen.

Dabei zeigte sich über den gesamten Wahlkampf hinweg ein wiederkehrendes Muster aus politischer Einflussnahme, öffentlicher Belastung einzelner Kandidaten, gezielten Diffamierungs- und Gerüchtekampagnen sowie erheblichen Zweifeln an demokratischer Verfahrensneutralität.

### **Frühphase des Wahlkampfes: Erste Angriffe auf Bürgerbüro und politische Zuspitzung**

Kurz nach Eröffnung des Bürgerbüros von Karsten Berndt kam es nach vorliegenden Berichten zur Verbreitung unwahrer Gerüchte sowie zu ersten Angriffen, darunter Sachbeschädigungen an Fensterscheiben des gerade eröffneten Bürgerbüros.

Bereits unmittelbar nach diesem Vorfall verwies Stadtpräsident Robert Kriewitz gegenüber Dritten auffällig auf das Fehlen eines Bekennerschreibens.

Eine derart frühe und konkrete Einordnung wirft zwangsläufig Fragen auf, woher Herr Kriewitz über derartige Details verfügte, weshalb er diese umgehend politisch bewertete und ob ihm weitergehende Informationen oder Einschätzungen vorlagen, die über das öffentlich Bekannte hinausgingen.

Gerade dadurch entsteht zumindest der Eindruck, dass sich auch der Stadtpräsident durch seine auffällige Kommentierung selbst in einen politisch wie sachlich erklärungsbedürftigen Zusammenhang brachte.

### **Ende Januar 2026: Frühzeitige Eskalation durch den Brandanschlag auf Karsten Berndt**

Nach dem Brandanschlag auf das Wohnhaus des Kandidaten Karsten Berndt Ende Januar 2026 wollte dieser den Vorfall nach eigener Aussage nicht selbst öffentlich machen. Dennoch wurde der Vorfall öffentlich verbreitet und politisch aufgeladen.

Bürgermeister Jürgen Kliewe erklärte öffentlich in einer Stadtvertretersitzung, ein Wahlbewerber habe seinen Namen sowie weitere Stadtvertreter beim Staatsschutz ins Spiel gebracht, und bezeichnete dieses Vorgehen als „abstoßend“, „schäbig“ sowie als Vorgang, bei dem „Grenzen überschritten worden seien, die nicht heilbar sind“.

Durch diese außergewöhnlich scharfe öffentliche Wertung eines amtierenden Bürgermeisters wurde ein Wahlbewerber erheblich politisch belastet.

Auch Stadtpräsident Robert Kriewitz stellte Karsten Berndt öffentlich wiederholt so dar, als habe dieser Bürgermeister und Stadtpräsident persönlich angezeigt.

Tatsächlich handelte es sich um ein Offizialdelikt. Über Ermittlungen und mögliche Beschuldigtenvorladungen entschieden ausschließlich Polizei und Staatsanwaltschaft. Karsten Berndt hatte weder rechtlich noch tatsächlich die Möglichkeit, selbst über Beschuldigte zu entscheiden.

Die gegenteiligen Darstellungen waren daher objektiv unzutreffend.

Bürgermeister Jürgen Kliewe erklärte zudem öffentlich, erst im Rahmen seiner Vernehmung erfahren zu haben, durch Karsten Berndt beim Staatsschutz „ins Spiel gebracht“ worden zu sein.

Damit wurden Erkenntnisse aus einem nicht öffentlichen Ermittlungszusammenhang durch einen amtierenden Bürgermeister in eine öffentliche Sitzung und zugleich in den laufenden Wahlkampf eingebracht.

Eine solche Verknüpfung von Amtsautorität, strafrechtlichem Kontext und politischer Bewertung ist geeignet, die öffentliche Wahrnehmung eines Wahlbewerbers erheblich zu beeinflussen.

Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zum Neutralitätsgebot kommunaler Amtsträger (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 14.11.2022 – 15 B 893/22) ist daher zu prüfen, ob die gebotene Zurückhaltung verletzt und die Chancengleichheit im Wahlkampf beeinträchtigt wurde.

### **03. Februar 2026: Öffentliche Wahlkommissionssitzung / Belastung Hartmut Baranowski**

Im Rahmen der öffentlichen Wahlkommissionssitzung sowie der begleitenden medialen Berichterstattung wurde Hartmut Baranowski mit Vorwürfen zu angeblichem EU-Rentenbezug, gesundheitlicher Eignung sowie angeblich verfassungsfeindlichen Äußerungen konfrontiert.

Der behauptete EU-Rentenbezug war bereits im Vorfeld thematisiert worden und hätte ohne weiteres sachlich überprüft werden können.

Stattdessen erfolgte die öffentliche Thematisierung in offizieller Sitzung, wodurch ein belastender Eindruck gegenüber Kandidat und Öffentlichkeit erzeugt wurde.

Auch die angesprochenen verfassungsfeindlichen Vorwürfe wurden ohne belastbare Grundlage öffentlich in den Raum gestellt.

Hervorheben möchte ich die Rolle des stellvertretenden Bürgermeisters Herrn Behnke, der aufgrund seiner behördlichen Verantwortung in besonderem Maße zur Wahrung sachlicher Neutralität und verfahrensgerechter Zurückhaltung verpflichtet gewesen wäre.

Gerade deshalb erscheint kritisch, dass bereits bekannte beziehungsweise überprüfbare Sachverhalte erneut öffentlich belastend thematisiert wurden, während weitere schwerwiegende Vorwürfe ohne erkennbare belastbare Nachweise in offizieller Sitzung zur Sprache kamen.

Dies verstärkt den Eindruck, dass auch innerhalb formaler Wahlprüfungsverfahren amtlicher Verantwortung nicht in erforderlichem Maße zur Sicherung chancengleicher und neutraler Wettbewerbsbedingungen wahrgenommen wurde.

Hierdurch entstand der Eindruck, dass bereits frühzeitig offizielle Verfahren genutzt wurden, um politische Mitbewerber öffentlich zu beschädigen. (Anlage A2)

## **Frühphase des Wahlkampfes bis Mitte April 2026: Unterstützung von Meik von Deetzen und anschließende politische Neuordnung**

Zunächst profitierte Meik von Deetzen bereits über einen längeren Zeitraum sichtbar von der Unterstützung wesentlicher Teile der Fraktion „Gemeinsam für Ueckermünde“ (CDU, SPD, FDP) sowie bestehender politischer und kommunaler Unterstützerverkreise.

Im weiteren Verlauf wurden jedoch erhebliche öffentliche Belastungen im Zusammenhang mit Herrn von Deetzen bekannt, insbesondere Vorwürfe bezüglich unrechtmäßigen Bürgergeldbezugs beziehungsweise Sozialleistungsmissbrauchs, wodurch seine politische Tragfähigkeit zunehmend infrage gestellt wurde.

Aus den vorliegenden Umständen ergibt sich der Eindruck, dass innerhalb seiner bisherigen Unterstützerverkreise durch die zunehmenden öffentlichen Belastungen ein erhebliches politisches Risiko entstand.

Bereits kurz vor der Hauptwahl deuteten erste erkennbare Aktivitäten darauf hin, dass innerhalb des politischen Umfeldes von CDU, SPD eine schrittweise strategische Neuorientierung einsetzte. Hierzu zählt insbesondere die Eiskugel-Aktion vom 06.04.2026 unter Mitwirkung Robert Kriewitz, die bereits als frühe öffentlich sichtbare Positionierung zugunsten Tino Spiegelbergs gewertet werden kann.

Mit dem Ergebnis der Hauptwahl am 12.04.2026 verdichtete sich diese Entwicklung weiter.

Bereits am 13.04.2026 kam es nach vorliegenden Beobachtungen zu einem mehrstündigen persönlichen Treffen zwischen Tino Spiegelberg und Stadtpräsident Robert Kriewitz im unmittelbaren geschäftlichen Umfeld Kriewitz', was als frühzeitige politische Abstimmung im Nachgang der Hauptwahl gewertet werden kann.

Gerade vor dem Hintergrund seiner politischen Schlüsselrolle sowie möglicher wirtschaftlicher Berührungspunkte zu kommunalen Auftrags- und Veranstaltungsstrukturen erscheint die außergewöhnlich aktive Rolle Robert Kriewitz' im weiteren Wahlkampf in besonderem Maße erklärungs- und prüfungsbedürftig.

Am 16.04.2026 folgte sodann ein weiteres politisch besonders relevantes Treffen im Stadtkrug Ueckermünde, an dem nach vorliegenden Informationen unter anderem Bürgermeister Jürgen Kliewe, Robert Kriewitz, Tino Spiegelberg, Meik von Deetzen sowie weitere zentrale politische, wirtschaftliche und strategische Akteure beteiligt waren.

Gerade die zeitliche Abfolge aus Hauptwahlergebnis, frühzeitiger Abstimmung zwischen Stadtpräsident und Stichwahlkandidat sowie anschließender größerer Netzwerkzusammenkunft verstärkt den Eindruck, dass die politische Neuordnung und Unterstützungsverchiebung zugunsten Tino Spiegelbergs innerhalb bestehender Macht- und Einflusskreise gezielt vorbereitet und koordiniert wurde.

Die Teilnahme des amtierenden Bürgermeisters an diesem Netzwerktreffen verstärkt zusätzlich den Eindruck abgestimmter politischer Einflussnahme innerhalb bestehender kommunaler Machtstrukturen.

Im weiteren Verlauf wurde Tino Spiegelberg schließlich deutlich erkennbar zum zentral unterstützten Kandidaten wesentlicher Teile des zuvor anders ausgerichteten politischen Netzwerkes.

(Anlage A3)

## **Rolle von Carsten Seeger (SPD, zweiter stellvertretender Stadtpräsident)**

Besonders relevant erscheint die Rolle von Carsten Seeger als zweiter stellvertretender Stadtpräsident.

Carsten Seeger trat in öffentlichen Medienberichten nicht als Privatperson auf, sondern ausdrücklich unter seiner politischen Zuordnung („SPD / CDU“). Damit erfolgte seine Positionierung erkennbar nicht losgelöst von Parteifunktion und öffentlichem Amt.

Besonders problematisch erscheint,

- die erkennbare politische Positionierung innerhalb offizieller Rollenwahrnehmung,
- die spätere Unterstützung unterschiedlicher Kandidaten innerhalb desselben politischen Machtumfeldes,
- die Vermischung von Präsidiumsrolle, Parteifunktion und öffentlicher Wahlempfehlung.

Gerade aufgrund seiner Stellung innerhalb des Stadtpräsidiums bestehen hier erhebliche Zweifel an der gebotenen Neutralität und parteipolitischen Zurückhaltung.

(Anlage A 4)

## **06. April bis 26. April 2026: Außergewöhnlicher Unterstützungsaufbau für Tino Spiegelberg**

Tino Spiegelberg nahm nach vorliegenden Erkenntnissen an keiner relevanten öffentlichen Debatte oder breiteren inhaltlichen Auseinandersetzung im Rahmen des Bürgermeisterwahlkampfes teil.

Während andere Bewerber zumindest kommunalpolitische Erfahrung, Mandatspraxis oder nachweisbare politische Gremientätigkeit vorweisen konnten, verfügt Tino Spiegelberg offenbar weder über erkennbare Verwaltungserfahrung noch über belastbare kommunalpolitische Führungs- oder Mandatserfahrung.

Gerade deshalb erscheint besonders auffällig, dass seine Kandidatur dennoch durch außergewöhnlich umfangreiche politische, wirtschaftliche und persönliche Unterstützernetze getragen und öffentlich aufgebaut wurde.

Statt einer eigenständig erkennbaren fachlichen, administrativen oder kommunalpolitischen Qualifikation profitierte seine Kandidatur in erheblichem Maße von:

- gezielten Einzelterminen,
- wirtschaftlicher Unterstützung,
- parteipolitischer Rückendeckung,
- verstärkten Netzwerkstrukturen,
- organisiertem Wahlkampfaufbau,
- intensiver externer politischer Mobilisierung.

Stadtpräsident Robert Kriewitz unterstützte Tino Spiegelberg zusätzlich aktiv durch:

- Bereitstellung gastronomischer Infrastruktur,
- öffentlichkeitswirksame Versorgungsaktionen,
- Organisation informeller Wahlkampftermine,
- persönliche Netzwerkvermittlung.

Hierdurch verdichtete sich das Bild, dass die politische Wettbewerbsfähigkeit Spiegelbergs weniger auf eigener öffentlicher Präsenz, kommunalpolitischer Erfahrung oder fachlicher Eignung beruhte, sondern maßgeblich durch außergewöhnlich starke externe Unterstützungs- und Machtstrukturen ermöglicht wurde.

(Anlage A 5)

## **Ende Januar bis April 2026: Rolle von Jens Albrecht**

Nach vorliegenden Schilderungen äußerte der CDU-nahe Bundeswehrsoldat Jens Albrecht im politischen Umfeld vor der Hauptwahl sinngemäß, er werde „alles tun“, um eine Wahl von Karsten Berndt zum Bürgermeister zu verhindern.

Unmittelbar nach dem Brandanschlag erfolgte durch Jens Albrecht eine Anzeige gegen Karsten Berndt wegen angeblicher Beleidigung von Personen des öffentlichen Lebens gemäß §188 StGB.

Ausgangspunkt hierfür war nach Schilderung des Betroffenen kein öffentlicher Angriff, sondern vielmehr eine interne beziehungsweise nichtöffentliche Auseinandersetzung über die politische Tragweite der von Jens Albrecht selbst getätigten Aussage, „alles“ gegen eine Wahl Berndts unternehmen zu wollen.

Bemerkenswert scheint hierbei,

- dass aus einer privaten beziehungsweise nichtöffentlichen Diskussion ein strafrechtlich aufgeladener Vorgang konstruiert wurde,
- dass die Anzeige zeitlich unmittelbar nach dem Brandanschlag erfolgte,
- dass sie erkennbar dazu diene, Karsten Berndt selbst in ein belastendes Licht zu rücken,
- dass die Existenz dieser Anzeige innerhalb politischer und persönlicher Netzwerke weitergegeben wurde,
- dass diese Informationen später öffentlich im Wahlkampf genutzt wurden.

Hierdurch entstand der Eindruck, dass ein mutmaßlich substanzarmer Vorgang gezielt zur politischen Belastung eines Wahlbewerbers instrumentalisiert wurde.

## **Januar bis April 2026: Systematische Gerüchte-, Diffamierungs- und Desinformationskampagnen**

Parallel hierzu verbreiteten sich in Ueckermünde wiederholt belastende Behauptungen und Gerüchte über Karsten Berndt, unter anderem:

- er habe Bürgermeister und Stadtpräsident persönlich angezeigt,
- gegen ihn liefen schwerwiegende Ermittlungen oder Anzeigen,
- er habe Angriffe möglicherweise selbst inszeniert,
- er betreibe gezielte Opferinszenierung.
- er manipulierte den Verkauf von Veranstaltungskarten (Kino),
- er wolle das Amt nur etwa zwei Jahre bekleiden,
- seine Kandidatur diene wirtschaftlichen Eigeninteressen,
- er plane Personalabbau statt Verwaltungsmodernisierung,

Zusätzlich kam es insbesondere durch politische Unterstützerstrukturen aus dem Umfeld von „Gemeinsam für Ueckermünde“ sowie konkurrierender Kandidaten zu direkten persönlichen Einflussnahmen auf Bürgerinnen und Bürger, darunter auch telefonische Kontaktaufnahmen, gezielte Wahlempfehlungen sowie wiederholte Versuche, Wahlentscheidungen im persönlichen Umfeld aktiv zugunsten oder zulasten einzelner Kandidaten zu beeinflussen.

## **26. März 2026: Öffentliche Fraktionsstellungnahme von „Gemeinsam für Ueckermünde“ gegen oppositionelle Kräfte**

Am 26.03.2026 veröffentlichte die Fraktion „Gemeinsam für Ueckermünde“ (CDU, SPD, FDP) eine offizielle Pressemitteilung.

Darin wurden Karsten Berndt, sein politisches Umfeld sowie oppositionelle Kräfte in Ueckermünde pauschal mit Eskalation, Diffamierung und aggressiver Konfliktführung in Verbindung gebracht.

Dies betraf erkennbar nicht nur den Bürgermeisterkandidaten selbst, sondern auch seine Fraktionskollegen und darüber hinaus wesentliche Teile der gesamten kommunalen Opposition, darunter auch die AfD, deren Fraktionsvorsitzende ich bin sowie das Bürgerbündnis Ueckermünde.

Erwähnenswert ist hier:

- die institutionelle und parteiübergreifende Geschlossenheit,
- die pauschale politische Belastung weiter Teile der Opposition,
- die öffentliche Delegitimierung konkurrierender demokratischer Kräfte,
- die gezielte politische Abgrenzung etablierter Machtstrukturen gegenüber oppositionellen Parteien und Wählergemeinschaften.

Auffallend ist zudem die Formulierung: „Sowohl der Bürgermeister als auch unsere Fraktion...“

Diese Wortwahl suggeriert eine intensive kommunikative und politische Nähe zwischen Bürgermeisteramt und Fraktionsinteressen.

Gleichzeitig stellte sich die Fraktion öffentlich unter Schlagworten wie Sachlichkeit, Respekt und Zusammenarbeit dar.

Gerade dieser deutliche Widerspruch zwischen öffentlicher Deeskalationsrhetorik und tatsächlicher politischer Belastung verstärkt den Eindruck gezielter strategischer Kommunikationslenkung.

Die spätere Löschung entsprechender Inhalte nach der Stichwahl verstärkt zusätzlich den Eindruck taktischer Wahlkampfnutzung.

(Anlage A 6)

### **Ab März: digitale Diffamierung und politische Einflussnahme durch Steffen Kliewe (Facebook-Synonym „Es Kaa“)**

Bereits ab Mitte März 2026 trat Steffen Kliewe, Sohn des amtierenden Bürgermeisters Jürgen Kliewe, wiederholt öffentlich unter dem Facebook-Synonym „Es Kaa“ mit abwertenden, diffamierenden und parteiisch wirkenden Beiträgen gegen Karsten Berndt in Erscheinung.

Dies belegt, dass gezielte belastende Kommunikationslinien gegen Karsten Berndt bereits frühzeitig öffentlich aufgebaut, verstärkt und digital verbreitet wurden.

Dokumentiert sind unter anderem:

- persönliche Herabwürdigungen,
- öffentliche Unterstützung konkurrierender Kandidaten,
- gezielte Verstärkung negativer politischer Deutungsmuster,
- wiederholte politische Positionierung zugunsten des familiären sowie CDU-nahen Umfelds.

Besonders hervorzuheben ist der unmittelbar vor der Stichwahl verbreitete Beitrag:

„Bitte geht heute für Tino Spiegelberg wählen und damit gegen Egotripp, falsche Versprechungen, Beleidigung von Amtsträgern, Populismus und gegen einen Kandidaten gegen den bereits Anzeigen vorliegen, gegen Opferinszenierung und und und...“

Diese öffentliche Stellungnahme verknüpft gezielt Wahlempfehlung mit bereits zuvor aufgebauten belastenden politischen Strategien gegenüber einem konkurrierenden Kandidaten.

Woher Herr Steffen Kliewe diese angeblich belastenden Informationen, insbesondere Hinweise auf Anzeigen gegen Karsten Berndt, bezog und über welche persönlichen, familiären oder politischen Netzwerke sie gezielt in die öffentliche digitale Wahlkampfkommunikation gelangten, erscheint in besonderem Maße aufklärungsbedürftig.

Besonders problematisch erscheint zudem, dass Steffen Kliewe bereits in früheren Wahlkämpfen in ähnlicher Weise öffentlich aktiv geworden ist, was auf ein wiederkehrendes Muster familiär-politischer Einflussnahme schließen lässt.

Herr Bürgermeister Jürgen Kliewe wurde mehrfach ausdrücklich auf das Neutralitätsgebot hingewiesen. Ein erkennbares distanzierendes, begrenzendes oder korrigierendes Einschreiten gegenüber diesen Aktivitäten blieb dennoch aus.

(Anlage A 7)

### **Kurz vor der Hauptwahl: Verbreitung anonymer Schmähflyer und Nutzung mutmaßlichen Insiderwissens**

Zusätzlich wurde im Wahlkampf ein anonymer Schmähflyer gegen Karsten Berndt verbreitet.

Dieser enthielt nicht nur persönliche Herabwürdigungen und politische Diffamierungen, sondern auch eine auffällige Vielzahl interner kommunalpolitischer Details, persönlicher Vorwürfe sowie inhaltlicher Zuspitzungen, die in dieser Form regelmäßig nur Personen aus politisch nahen, kommunalen oder persönlichen Netzwerken zugänglich gewesen sein dürften.

Besonders erwähnenswert ist:

- die gezielte anonyme Verbreitung,
- die systematische Rufschädigung,
- die erkennbare Nutzung interner Informationen,
- die Verstärkung bereits kursierender Gerüchte und Negativnarrative.

Dies verstärkt den Eindruck, dass im Wahlkampf nicht lediglich spontane Einzelmeinungen wirkten, sondern gezielt belastende Informationen und Deutungen aus strukturell vernetzten Kreisen gegen einzelne Kandidaten eingesetzt wurden.

(Anlage A 8)

### **Relevanz des knappen Wahlergebnisses**

Hauptwahl:

- Karsten Berndt: 1.257 Stimmen
- Tino Spiegelberg: 777 Stimmen

Stichwahl:

- Karsten Berndt: 1.510 Stimmen
- Tino Spiegelberg: 1.787 Stimmen

Enddifferenz: 277 Stimmen

Angesichts dieses vergleichsweise geringen Stimmenabstands erscheint bereits eine begrenzte Beeinflussung von Wählergruppen durch gezielte Verbreitung belastender Gerüchte, amtliche oder politische Einflussnahme sowie koordinierte Mobilisierung geeignet, das Wahlergebnis spürbar zu beeinflussen.

Gerade bei knappen Wahlausgängen kommt möglichen Verstößen gegen Neutralität, Chancengleichheit und faire demokratische Wettbewerbsbedingungen besondere rechtliche und politische Bedeutung zu.

## Schlussfolgerung

Die Gesamtheit der geschilderten Vorgänge begründet erhebliche Zweifel daran, dass die Bürgermeisterwahl 2026 in Ueckermünde unter vollständig fairen, neutralen und demokratisch unbeeinflussten Bedingungen stattfand.

Vielmehr bestehen ernstzunehmende Anhaltspunkte für:

- Verstöße gegen demokratische Verfahrensneutralität und Chancengleichheit,
- möglichen Missbrauch öffentlicher Amts- und Einflusspositionen,
- koordinierte rufschädigende Kampagnen,
- langfristig gewachsene politische Seilschaften und Machtstrukturen.

Demokratische Wahlergebnisse sind selbstverständlich grundsätzlich zu respektieren.

So erklärte auch Kathleen Fleck (CDU), die nach Meik von Deetzen den Kandidaten Tino Spiegelberg öffentlich unterstützte, dass das Wahlergebnis akzeptiert werden solle.

Gerade deshalb erfolgt dieser Wahleinspruch nicht aus politischer Enttäuschung, sondern ausschließlich aufgrund der konkret benannten Vorgänge, Hinweise und erheblichen Zweifel an demokratischer Fairness, unparteiischer Amtsführung und chancengleichem Wettbewerb.

Ohne derartige gewichtige Anhaltspunkte bestünde keinerlei Anlass zur Wahlanfechtung.

Dieser Einspruch dient daher nicht allein der Wahlprüfung, sondern vor allem der notwendigen politischen, rechtlichen und öffentlichen Aufarbeitung möglicher struktureller Missstände innerhalb der kommunalen Demokratie in Ueckermünde.

Abschließend bleibt ausdrücklich vorbehalten, weitere Beweismittel, ergänzende Dokumentationen sowie zusätzliche Anlagen nachzureichen und im weiteren Prüfungsverfahren erforderlichenfalls Zeuginnen, Zeugen oder sonstige sachverhaltsrelevante Auskunftspersonen zu benennen.

Der vorliegende Wahleinspruch basiert bereits jetzt auf einer Vielzahl dokumentierter Vorgänge, erhebt jedoch keinen Anspruch auf abschließende Vollständigkeit.

Inken Arndt  
(wahlberechtigter Bürger/Einreicher)

## **Anlagenübersicht**

Anlage A 1 – Schriftverkehr / Hinweise an Bürgermeister Jürgen Kliewe zum Neutralitätsgebot (10.03.2026 und 19.03.2026)

Anlage A 2 – Nordkurier-Bericht Wahlkommissionssitzung

Anlage A 3 – Frühphase der politischen Neuordnung zugunsten Tino Spiegelbergs

Anlage A 4 – Öffentliche Positionierung von Carsten Seeger (SPD, zweiter stellvertretender Stadtpräsident) / Unterstützung aus dem Umfeld SPD/CDU

Anlage A 5 – Außergewöhnlicher Unterstützungsaufbau für Tino Spiegelberg / Strandveranstaltungen / Würstchen- und Eisaktion / weitere Wahlkampftermine

Anlage A 6 – Pressemitteilung „Gemeinsam für Ueckermünde“ vom 26.03.2026

Anlage A 7 – Social-Media-Beiträge Steffen Kliewe („Es Kaa“) / digitale Einflussnahme

Anlage A 8 – Schmähflyer / anonyme Diffamierungskampagne

Die AfD-Fraktion Ueckermünde schließt sich der Forderung nach vollständiger politischer, rechtlicher und öffentlicher Aufarbeitung ausdrücklich an.